



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/176 - 5. August 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Zum Besuch Chruschtschows in Berlin	S. 1
Italiens Kommunisten isoliert	S. 3
Wissenschaft und Atomschäden	S. 5
"Arbeiderbladet" - Oslo über Adenauers Wahlkampf	S. 6
Vergessene Großstadtkinder ?	S. 7

Zum Besuch Chruschtschows in Berlin

G.M. - Wenn Chruschtschow in dieser Woche nach Berlin kommt, möge er wissen, daß die fähnchenschwenkenden Kinder und die Belegschaften der Berliner Betriebe, die seinen Weg säumen werden, bestellt worden sind. Er möge wissen, daß hinter den Ulbrichts und Grotewohls, mit denen er sich für die Wochenschauen fotografieren läßt, keineswegs die Bevölkerung der sogenannten DDR steht, und er möge zur Kenntnis nehmen, daß man in ihm diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges weder den Vertreter eines sozialistischen Staates noch den Gralshüter des Friedens erblickt, sondern den wahrscheinlich mächtigsten Mann der Weltmacht Sowjetunion, von deren Verhalten es entscheidend abhängt, ob Deutschland in Frieden und Freiheit wiedervereint werden kann. Wir sind überzeugt davon, daß Chruschtschow dies auch alles weiß, wollten es nur noch einmal in Erinnerung gerufen haben, um ihm behilflich zu sein, jede Illusion über die Bedeutung seines Besuches in Berlin zu vermeiden.

Das deutsche Volk diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges wird jede Rede und jede Geste Chruschtschow aufmerksam beachten. Die Deutschen sind seit Kriegsende an die Besuche ausländischer Staatsmänner gewöhnt. Man hat den Deutschen schon viele Reden gehalten. Über die Demokratisierung, über die Schrecken der Vergangenheit, über die Aufrüstung und die Abrüstung und nicht zuletzt über die Wiedervereinigung. Das deutsche Volk ist sehr nüchtern geworden. Nur wenige Deutsche lassen sich heute noch durch Reden begeistern. Vor allem nicht die Jugend. Die Deutschen wollen Taten sehen und Vorschläge, besonders für die Wiedervereinigung und die Erhaltung des Friedens hören, die realisierbar sind.

Deshalb würden es die Deutschen am allerwenigsten verstehen, wenn Chruschtschow in Berlin Wahlreden halten wollte. Wenn er überhaupt von den Wahlen spricht - was Ulbricht und Grotewohl sicher von ihm erhoffen - dann möge er einige Worte über die letzten sogenannten Kommunalwahlen in der Sowjetzone sprechen. Über die Wahl mit Einheitslisten und den 99-prozentigen "Erfolg" seiner Statthalter in Pankow.

Wenn er über die Wiedervereinigung Deutschlands spricht, so möge er keinen Zweifel darüber legen, daß alle demokratischen Parteien die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes auf der Grundlage von freien Wahlen anstreben. Es steht aber in seiner Macht, im Namen der Regierung der Sowjetunion gerade in Berlin endlich einmal offen zu sagen, unter welchen Voraussetzungen die Sowjetunion bereit wäre, freien Wahlen in ganz Deutschland zuzustimmen. Die zur Zeit amtierenden Regierungen der Westmächte haben kürzlich in Berlin ihr Programm entwickelt. Bei dieser Gelegenheit ist nicht viel Neues gesagt worden; jedenfalls nichts, von dem man nicht schon seit langen weiß, daß es die Sowjetunion nicht akzeptiert. Chruschtschow hat jetzt in Berlin die beste Gelegenheit, zu sagen, was die Sowjetunion akzeptieren würde. Das Beharren auf den gegenwärtigen Positionen, der Versuch mit politischen oder militärischen Mitteln die beiden Teile Deutschlands gegeneinander auszuspielen, ist die Politik von vorgestern. Wir sind überzeugt, daß diese Politik von den Deutschen weder diesseits noch jenseits des Eisernen Vorhanges gebilligt wird. Wollte Chruschtschow in Berlin auch nur diese Politik wieder einmal bestätigen, hätte er sich die Reise ersparen können.

Es gibt noch einige andere Fragen, deren Beantwortung von den Deutschen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges gerade von Chruschtschow mit Ungeduld erwartet wird. Das ist die Frage nach der Freilassung der politischen Gefangenen in den Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern der Sowjetzone und die der Repatriierung deutscher Staatsangehöriger aus der Sowjetunion nach Deutschland. Chruschtschow möge zur Kenntnis nehmen, daß nach unserer Auffassung die Freiheit die Grundlage der Demokratie ist. Wer die Freiheit des einzelnen und die Freiheit eines Volkes mißachtet, wird auch nicht mit einem jovialen Lächeln das Mißtrauen überdecken können, das man ihm entgegenbringt.

Wir verstehen, daß die Völker der Sowjetunion nach den Erfahrungen des Hitlerkrieges mißtrauisch sind und von ihrer Regierung eine Politik wünschen, die ihnen die Sicherheit bietet, daß ein neuer Überfall auf die Sowjetunion unmöglich wird. Sicherheit gewinnt man aber nicht dadurch, daß man ein anderes Volk in Furcht und Angst hält, daß man seine nationale Einheit verhindert und in einen Teil dieser Nation die Statthalter der Furcht einsetzt. Sicherheit gewinnt auch die Sowjetunion nur dadurch, daß sie sich unbeachtet der ideologischen Schranken, die nach wie vor bestehen, zu einer konstruktiven Politik des Friedens und der Freundschaft entschließt.

Wenn sich Chruschtschow bei seinem Besuch in Berlin über diese Grundhaltung unseres Volkes klar ist und dies auch in seinen Reden zum Ausdruck bringt, wird man ihm starke Beachtung schenken. Andernfalls wird man seinen Besuch zwar zur Kenntnis nehmen, aber lediglich mit der bedauernden Bemerkung, daß es auch nur der Besuch eines ausländischen Staatsmannes ist.

Kehraus im römischen Parlament

P.S., Rom

Während der italienische Senat sich bereits in die Sommerferien begeben hat, ist die Deputiertenkammer nach bis in die ersten Augusttage eifrig damit beschäftigt gewesen, wenigstens einen Teil des gesetzgeberischen Programms zu erledigen, das der neue Ministerpräsident Zoli bei der Vorstellung seines Ministeriums verkündet hat.

Da waren vor allem die Europa-Verträge und das Abkommen über die Europäische Atomgemeinschaft zu ratifizieren. Die parlamentarische Mehrheit für diese noch von der Regierung Segni unterzeichneten bedeutungsvollen Abkommen war im vorhineingesichert, da sich sämtliche bürgerlichen Parteien zu dem wirtschaftlichen Einigungsprogramm des neuen Europa bekannt haben. Der politisch höchst bedeutsame Aspekt der Abstimmung bestand jedoch darin, dass sich die Nenni-Sozialisten bei dieser Gelegenheit der Stimme enthielten, soweit es sich um den Europäischen Markt handelte und den Euratom-Vertrag sogar ausdrücklich bejahten.

Zum ersten Male seit dem Bestand der italienischen Republik hat sich somit der Fall ereignet, dass in einer wichtigen aussenpolitischen Entscheidung die Kommunisten völlig isoliert blieben und als einzige gegen ein Vertragswerk stimmten, das von allen anderen Parteien des Parlaments, von der äussersten Rechten bis zu den Sozialisten, bejaht worden ist. Zum ersten Mal auch geschah es bei dieser Gelegenheit, dass die Nenni-Sozialisten anders stimmten als die Kommunisten, dass sich somit die Hinfälligkeit des berühmten "Pakt der Aktionseinheit" zwischen den beiden Linksparteien in aller Deutlichkeit offenbarte. Diesen Fakt hat Nenni bekanntlich bereits vor längerem aufgekündigt und durch eine viel losere Vereinbarung ersetzt. Dennoch war dies der erste Anlass, bei dem die Sozialistische Partei durch die Tat bekunden konnte, dass ihre Wege und die

Togliattis nicht immer und unter allen Umständen identisch zu sein brauchen.

Die Deputiertenkammer beschloss des weiteren ein **bedeutsames** Gesetz, durch welches allen Landwirten eine Altersversorgung gesichert werden soll. Dieses Gesetz, das sich sowohl auf selbständige Kleinbauern, wie auch insbesondere auf die in Italien so zahlreiche Kategorie der Halbpächter bezieht, sieht einen Zuschuss des Staates in der Höhe von 50 % zu den Kosten der Altersversorgung vor und stellt zweifelsohne einen bedeutenden sozialen Fortschritt dar, dessen Wichtigkeit gerade in Italien, dessen Bevölkerung zur Hälfte in der Landwirtschaft tätig ist, gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Man wird in der Vermutung nicht fehlgehen, dass das neue Gesetz als Wahlschlager für die Neuwahlen des kommenden Jahres gedacht ist. Die Kommunisten haben dies auch sogleicherfasst und sich gehütet, gegen das Gesetz zu stimmen, obwohl sie bis zuletzt versuchten, seine Unzulänglichkeit aufzuzeigen. Als es zur Schlussabstimmung kam, stimmten auch sie mit "Ja", so dass das neue Gesetz beinahe einstimmig angenommen wurde.

Ministerpräsident Zoli hätte gern auch noch vor den Parlamentsferien das heikle Problem der "Agrarpakte" angeschnitten, wobei ihm offenbar der Gedanke vorschwebte, zumindest einige Artikel dieses Gesetzes mit einer Mehrheit, bestehend aus Democrazia Cristiana, Republikanern und Nenni-Sozialisten, - also gegen die Stimmen der Rechten - durchs Parlament zu bringen und damit den Beweis dafür zu liefern, dass seine Regierung sich keineswegs den Rechtstruppen auf Gedeih und Verderb verschrieben hat.

Dieser Plan aber scheiterte an der allgemeinen Ferienstimmung, die von der Deputiertenkammer Besitz ergriffen hat. Da die äusserste Linke sowohl als die äusserste Rechte mit obstruktivistischen Massnahmen drohten, bestand keinerlei Aussicht, die Debatte auf kurzen Wege durchzuführen. Die Kammermehrheit aber war offenkundig nicht für eine weitere Verlängerung der Sessionsperiode zu haben, und so ist die Debatte über die Agrarpakte zuletzt doch auf den Beginn der Herbsttagungen verschoben worden, und die Abgeordneten konnten beruhigt in die Ferien gehen.

Blick in das Grauen

sp - Anfang Juli 1955 fand in Paris eine wissenschaftliche Konferenz über die Einwirkungen von radioaktiven Strahlungen auf Leben und Gesundheit der Menschen statt. Jetzt ist ein Teil des Protokolls der auf dieser Konferenz von Wissenschaftlern gehaltenen Referate der Öffentlichkeit zugänglich. Nachstehend einige Auszüge:

Professor Dr. R. Chastel: "Atomexplosionen, besonders bei thermo-nuclearen Bomben, können durch die Riesemenge radioaktiver Stoffe, die sie erzeugen, weite Strecken über lange Zeitabschnitte hin verseuchen. Ein grosser Teil dieser Radioaktivität kann sehr lange in der hohen Atmosphäre schweben, um viel später in der Form von radioaktivem Schnee oder Regen in weit entlegenen Gegenden herabzufallen, deren Lage man unmöglich voraussagen kann".

Professor A. Lacassagne: "Trotz der enormen Zahl von möglichen Opfern bei einer Atombombenexplosion über einer grossen Stadt, bedeutet die direkte Strahlung doch nur eine örtlich begrenzte Gefahr, deren Wirkung einen Radius von einigen Kilometern nicht überschreitet. Die viel grössere Gefahr ist die Verseuchung auf weite Entfernungen und unvorhersehbare Richtung durch radioaktive Wolken". (Bis zu mehreren tausend Kilometern vom Explosionsort entfernt)...

"... sobald dieser Staub, sei es durch die Atmungs- oder Verdauungswege, sei es durch die Haut in den Körper eindringt, setzen sich langlebige radioaktive Stoffe in grossen Mengen fest, die vom lebenden Gewebe nicht wieder ausgeschieden werden". "... wie eine solche Verseuchung zu vermeiden ist, das weiss niemand. Was man jedoch weiss, ist, dass die Explosion einer einzigen Atombombe imstande ist, die Luft, das Wasser und den Boden, die Tier- und Pflanzenwelt auf Tausende von Quadratkilometern radioaktiv zu machen".

Professor Netter: "Schliesslich darf das Risiko einer allgemeinen Verseuchung durch künstliche radioaktive Elemente nicht übersehen werden für den Fall, dass ihre Anwendung, die in rapidem Anwachsen begriffen ist, nicht mit der allerpainlichsten Vorsicht erfolgt. Und hierzu kommt noch das verzwickte Problem der Entsorgung der radioaktiven Abfälle".

Professor Marcowich: "... die hohe Zahl der Arbeiten über den Schutz gegen Strahlungen steht in diametralem Gegensatz zu der Geringfügigkeit ihrer Resultate; ihre Auswertungsmöglichkeit in der Praxis ist so gut wie Null ..."

* * *

"Nicht nur in Deutschland Bitterkeit"

-ss. Gegen die Art und Weise, mit der Konrad Adenauer den Wahlkampf führt, haben sich glücklicherweise selbst aus den Kreisen Proteste erhoben, die sich bisher von ihm vertreten glaubten. Auf das demokratische Ausland wirkt sein Gebahren abstoßend und für unser aller Ansehen nachteilig. So schreibt u.a. "Arbeiterblatt" in Oslo am 29. Juli 1957:

"Es ist nicht die Aufgabe eines anderen Landes, sich in den deutschen Wahlkampf einzumischen. Aber man kann nicht übersehen, daß es viele außerhalb Deutschlands gibt, die meinen, daß die Politik der deutschen Sozialdemokratie in der Wiedervereinigungsfrage eine Linie ist, die einen Versuch wert ist. Man braucht nur an den britischen Arbeiterpolitiker Gaitskell und an den konservativen Belgier van Zeeland zu denken. Diese mögen sich etwas schlecht berührt fühlen, wenn sie zu Menschen gestempelt werden, die Deutschlands Untergang wünschen und Westeuropa für den Kommunismus freilegen wollen.

Und wenn man sich auch nicht in den deutschen Wahlkampf einzumischen will, so kann man doch nicht vermeiden, festzustellen, daß, wenn Adenauer die von ihm eingeschlagene Linie fortsetzen wird, nicht nur in Deutschland Bitterkeit geschaffen wird, sondern im gesamten Westen. Über die Lösung der deutschen Wiedervereinigungsfrage gibt es geteilte Meinungen in der westeuropäischen Arbeiterbewegung. Wenn aber diejenigen, die eine andere Meinung haben, in der Weise abgestempelt werden sollen, wie es Adenauer macht, wird eine Bitterkeit geschaffen, die so leicht nicht wieder beseitigt werden kann. Die sozialistische Arbeiterbewegung wird sich nicht damit abfinden, daß sie selbst oder eine ihrer Parteien zu Feinden Deutschlands und zu Werkzeugen der Sowjetherrschaft erklärt wird.

Durch die Weise, in der Adenauer den Wahlkampf führt, ist eine Situation geschaffen worden, auf die jedenfalls die NATO - und soweit wie möglich deren Mitgliedsstaaten - Rücksicht nehmen muß. Die NATO muß sorgfältig alles vermeiden, das als eine Einmischung in den deutschen Wahlkampf ausgelegt werden kann. Es war unglücklich, daß die Zusammenkunft des NATO-Rates im April in Bonn abgehalten wurde, denn es gab keinen - jedenfalls in Deutschland - ,der sich nicht klar darüber war, daß die Einladung der deutschen Regierung ein Zug in den Wahlkampf gewesen ist. Aber in dem Gefühl der Bitterkeit, das nun geschaffen worden ist, würde es äußerst unglücklich für die NATO selbst sein, wenn sie mit Aussagen, Erklärungen oder irgendeinem Schritt käme, die eine Rolle im deutschen Wahlkampf spielen könnte.

Das würde nicht nur Bitterkeit in Deutschland erwecken. Das würde Streit in der gesamten westeuropäischen Volksmeinung entfachen, auf die die NATO sich stützen muß, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen soll."

*

Aus solchen Stimmen wird über allen Zweifel hinaus deutlich, daß ein Elefant im Wahlkampf nicht nur deutsches Porzellan zertrümmeln kann.

Wo können unsere Großstadtkinder spielen ?

mu - Zwei Fragen sind es, welche die Eltern in den westdeutschen Großstädten immer stärker beschäftigen. "Wo können unsere Kinder spielen" und "entsprechen die Spielmöglichkeiten dem Gestaltungswillen der Kinder ?" Die Erkenntnis, schafft Spielraum für Großstadtkinder, beginnt sich immer mehr durchzusetzen. Aber nicht immer sind Wille und Geld vorhanden. Hier offenbart sich bereits ein gesetzgeberischer Mangel. Die Städte müssen in der Lage sein, die erforderlichen Plätze zu bekommen. Man weiss doch, dass im letzten Jahr über 1 500 kleine Kinder auf den Strassen dem "Verkehrsmord" zum Opfer fielen und man weiss ebenso, dass kleine Kinder durch Spielen körperlich und geistig wachsen und erst so schulreif werden.

Spielplätze sind in zahlreichen europäischen Ländern bei Bauplanungen bereits allgemein üblich und werden von den Städten auch gebaut, wenn Grund und Boden dafür zu bekommen ist. Die Entwicklung indes ist schon viel weiter vorangeschritten. Das zeigt sich an Beispielen in Skandinavien und in der Schweiz. Hier hat man den einfachen Spielplatz zum sogenannten Gerümpelspielplatz weiterentwickelt und kennt bereits Bauspielplätze und Robinsonspielplätze. Auch die von der Gemeinde bezahlte Kindergärtnerin ist bereits vielfach vorhanden. Dafür einige Beispiele:

In Kopenhagen kann man "Gerümpelspielplätze" bewundern. Alte Autos und abgetakelte Strassenbahnen sind dort neben Bretterbuden auf einen weiten Platz gestellt worden, der von Hecken umsäumt ist. Hier können die Kinder tollern und auch auf einem ausgedienten Fischerboot Kapitän und Steuermann spielen, um sich so durch ihre phantasiereiche Vorstellungswelt in ihrer eigenen Entwicklung zu fördern.

Die Schweden haben dann als Weiterentwicklung die Bauspielplätze erfunden. Hier ist das Kind nicht mehr passiv mit den Gegenständen beschäftigt, sondern wird selbst aktiv. Für die Kinder werden Werkzeuge, alte Bretter und Nägel bereitgehalten. Was gibt es Schöneres, als eine eigene Blockhütte zu zimmern und dann Mutter und Kind, oder Indianer zu spielen.

Den nächsten Schritt zum Robinson-Spielplatz sind die Schweizer

am Rande von Zürich gegangen. Dort gibt es den Bach und die ungefährliche Wasserkuhle auf der welligen Rasenfläche zwischen Gebüsch und Baumgruppen. Die Schweizer Bundesbahn stellte einen ausrangierten Eisenbahnwagen und der Aeroclub ein abgewracktes Flugzeug zur Verfügung. Der Jugendbetreuer hält neben dem Zimmermannswerkzeug sogar Zement und Steine für die Kinder bereit.

Gemessen an diesen Beispielen gibt es im Bundesgebiet noch viel zu tun. In Kopenhagen z.B. muss jeder Hauseigentümer einen Hausspielplatz mit anlegen. In England werden die Flächen für Kinderspielplätze auf Grund gesetzlicher Bestimmungen bereitgestellt. Ein Schweizer Gesetz schreibt die Aufführung der Kinderspielplätze im Finanzplan der Wohnungsbaufinanzierung vor. Dort müssen die Schulhöfe auch ständig für spielende Kinder geöffnet sein. Im Stockholmer Stadtparlament schliesslich ist eine Abteilung für Spielplatzanlagen längst eine Selbstverständlichkeit.

Das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz von 1924 sichert jedem Kind das "Recht auf Erziehung zur Leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit" zu. Man sollte prüfen, ob sich daraus ein "Spielplatz-Gesetz" weiterentwickeln liess. Das ist einmal erforderlich, um den Gemeinden die Grundstücksbeschaffung zu ermöglichen. Zum anderen sind ihre Etats oft viel zu schmal. Es genügt nun einmal nicht, für Spielplätze 10 Pfennig pro Kopf auszugeben, wie es bei uns der Fall ist. Der entsprechende Etatposten in Schweden beträgt zwei Mark.

Vielleicht könnte ein derartiges Bundesgesetz auch den Rahmen für die Einfügung eines Spielplatznetzes in das Stadtgebiet ermöglichen. Spielplätze für kleine Kinder bis zu sechs Jahren sollten neben den Wohnungen entstehen, damit die Kinder keine Verkehrsstrassen zu überschreiten brauchen und die Eltern sie ständig unter Aufsicht haben. Für ältere Kinder bis zu zwölf Jahren, die bereits auf dem Schulweg die Verkehrsadern überschreiten müssen, könnten zentralere Robinson-Spielplätze am Anschluss der Parke oder Sportplätze entstehen. Für die noch grösseren Kinder schliesslich könnten die Spielplätze bereits mit Turnhallen, Schwimmbädern und Bastelräumen der Schulen verbunden werden.

Hier ergibt sich auch ein weites Feld für die Beziehungsbildung zwischen Bürger und Gemeinde. Sicher ist es das Beste, wenn gelernte Kindergärtnerinnen die Obhut über Kinder am Spielplatz haben. Aber ebenso schön wäre es, wenn sich die Eltern die Beaufsichtigung des Spielplatzes nach einer Art Dienstplan teilen, wie es in Bern geschieht. Auf alle Fälle, die Eltern sollten an ihre Gemeinden die Forderung stellen: "Baut Spielplätze für unsere Kinder". Die Gemeinden aber sollten vom Bund den gesetzlichen Rahmen dafür verlangen.



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/177 - 6. August 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 81-83

Fernschreiber 0886 890

Interview mit Wilhelm Mellies.	S. 1
Wahlrecht der Neger - das innenpolitische Problem in den USA	S. 3
Problematik des Interzonenreisens	S. 6
Brentano an der deutsch-dänischen Grenze	S. 8

Eindrücke vom Wahlkampf

Frage: Herr Mellies, Sie haben nun schon eine Reihe Wahlversammlungen hinter sich; welchen Eindruck konnten Sie bisher gewinnen?

Antwort: Ich muss zu meiner Freude feststellen, dass die Wahlversammlungen durchweg gut besucht sind. Viel besser als die Versammlungen vor der Bundestagswahl 1953. Das lässt auf ein wachsendes Interesse an der Entscheidung am 15. September schliessen. Auffallend ist, dass sich unter den Versammlungsbesuchern zahlreiche junge Menschen befinden.

Frage: Welches sind nach Ihrer Meinung die Themen und Probleme, die Ihre Zuhörer am stärksten interessieren?

Antwort: Ich kann das natürlich nur auf Grund der Art feststellen, mit der meine Zuhörer an dieser oder jener Stelle meiner Rede "mitgehen". Im Mittelpunkt des Interesses dürfte nach meinen Beobachtungen gleichermaßen die Frage der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr sowie der Gefahren des Atomkrieges überhaupt, die Wiedervereinigung Deutschlands und das Problem der Preise stehen. Hier setzen auch die zahlreichen Diskussionen an, die ich zum Teil während der Versammlungen wie auch vor und nach den Veranstaltungen mit unseren eigenen Freunden, aber auch mit politisch Andersdenkenden, geführt habe.

Frage: Hat nach Ihrer Auffassung die "Berliner Erklärung" der Westmächte auf die Bevölkerung einen starken Eindruck gemacht?

Antwort: Nein. Die Menschen, mit denen ich darüber sprach, und die Äusserungen, die mir aus der Versammlung entgegenklangen, wenn ich die-

5. August 1957

ses Thema erörterte, waren durchaus negativ. Ich glaube, dass die meisten Deutschen von zwei Empfindungen beherrscht werden, wenn sie an die "Berliner Erklärung" denken. Erstens: die zur Zeit antierenden westlichen Regierungen wollten Adenauer Schützenhilfe bei der Wahl leisten. Zweitens: der sachliche Inhalt der "Berliner Erklärung" ist eine Wiederholung längst bekannter Thesen und Forderungen, von denen man allgemein weiss, dass sie uns in der Frage der Wiedervereinigung nicht vorangebracht haben. Das Versammlungspublikum reagiert ausserordentlich lebendig, wenn ich im Zusammenhang mit der "Berliner Erklärung" sage: "Sollte Adenauer noch einmal vier Jahre regieren, dann würden wir mit der Wiedervereinigung auch nicht einen Schritt weiterkommen!"

Frage: Was sagen die Menschen überhaupt zu den Ausfällen Adenauers gegen die Sozialdemokratie?

Antwort: Ich habe bei meinen bisherigen Wahlversammlungen noch niemanden getroffen - nicht einmal Diskussionsredner der CDU - die auch nur den leisesten Versuch gemacht hätten, Adenauers Pöbeleien gegen die SPD zu rechtfertigen. Im Gegenteil. Wenn ich in meinen Versammlungen sagte, bei Adenauer müsse man an das alte Sprichwort "Wer schimpft, hat unrecht" denken, erntete ich immer stürmischen Beifall. Nach einer dieser Versammlungen hatte ich ein nettes Erlebnis. Als ich fertig war, kam ein Mann auf mich zu, von dem mir meine politischen Freunde sagten, dass er bestimmt nicht zur SPD gehöre. "Herr Mellies," sagte er, "es gibt noch ein viel besseres Wort, das Sie eigentlich in Ihren Versammlungen zu Adenauers Ausfällen gegen die SPD sagen sollten. 'An Heftigkeit ersetzt der Irrende, was ihm an Wahrheit und an Klarheit fehlt!'"

Frage: Sie haben ja sicher auch während Ihres Aufenthalts im Ort der Versammlung zahlreiche Kontakte mit politisch interessierten Menschen gehabt. Welche Erfahrungen haben Sie hierbei sammeln können?

Antwort: Ich habe Betriebe besichtigt und in zahlreichen Gesprächen die interessante Feststellung treffen können, dass man auch in Kreisen, die der SPD bisher durchaus nicht nahegestanden haben, ihr jetzt eine grosse Aufgeschlossenheit entgegenbringt.

Frage: Wie äusserte sich das?

Antwort: Ein Beispiel: In einer grösseren Fabrik wurde mir versichert, es sei eine grosse Leistung der SPD gewesen, dass sie das Problem des

technischen Nachwuchses zu einer ihrer innenpolitischen Hauptanliegen gemacht habe. Die Förderung von Forschung und Wissenschaft, wie sie von der SPD verlangt werde, habe die Sozialdemokratische Partei einer grossen Anzahl von Menschen sympathisch gemacht, die bisher wenig von ihr wissen wollten. Ich gebe es offen zu, dass mich derartige Bemerkungen erfreut haben, schliesslich beweist doch eine solche Äusserung, wie berechtigt die Aktion der deutschen Sozialdemokratie zugunsten der Forschung und der Wissenschaft gewesen ist.

Immer wird in diesen Gesprächen auch das Preisproblem berührt. Die Gesprächspartner geben ihrem Missfallen darüber Ausdruck, dass die Bundesregierung Entscheidungen auf diesem Gebiet der Wirtschaftspolitik ganz offenbar bestimmter Interessentengruppen unterordnet. Auch das Problem der Finanzierung der CDU durch Wirtschaftsverbände und bestimmte Kreise der Industrie wird ständig erörtert. Sehr gross ist das Erstaunen immer, wenn ich meine Gesprächspartner darauf hinweise, dass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die einzige Partei ist, die ihre Einnahmen und Ausgaben in den regelmässig erscheinenden Jahrbüchern veröffentlicht.

Bei der Besichtigung eines anderen Betriebes entwickelte sich anschliessend mit einigen Herren vom Direktionspersonal eine politische Diskussion. Die Herren sagten mir zum Teil recht offen, welche Vorbehalte sie gegenüber manchen Forderungen der SPD hätten. In einigen Punkten waren sie sich aber alle einig: Sie erklärten, es sei dank der toleranten Haltung der deutschen Sozialdemokratie in allen Fragen der Religion und des Glaubens unzähligen Menschen zum Bewusstsein gelangt, dass der Begriff Christentum nicht zu politischen Zwecken missbraucht werden dürfe. Einer meiner Gesprächspartner bemerkte hierzu noch, diese Leistung der deutschen Sozialdemokratie sei genau so gross wie ihre klare Haltung gegenüber dem Kommunismus. Dank dieser Haltung sei es möglich gewesen, die deutsche Arbeiterschaft vor den Irrungen kommunistischer Politik zu bewahren und Westdeutschland vom Kommunismus freizuhalten. Unter der Zustimmung aller Gesprächspartner fügte er noch hinzu: "Hätte die SPD nicht so 'gestanden', wer weiss, wie Europa dann heute aussehen würde".

Um das Neger - Wahlrecht

Von unserem amerikanischen Berichterstatter

New York, Anfang August

Ob Präsident Eisenhower allein eine Niederlage erlitt, als der amerikanische Senat einen Vorschlag des Präsidenten bei der Beratung des Bürgerrechtsgesetzes ablehnte, oder ob die wirklichen Leidtragenden dieser Abstimmung die Demokraten sein werden, ist zumindest fraglich. Wahrscheinlich bedeutet diese Abstimmung im amerikanischen Senat eine schwere moralische Niederlage für die amerikanische Demokratie und die Stellung der Vereinigten Staaten in der Welt.

Denn bei dieser Abstimmung ging es um eine einzige Frage: sollen die Neger in den Südstaaten das wichtigste und zugleich selbstverständlichste ihrer Rechte, das Wahlrecht ausüben können? Trotz aller juristischen Formulierungen und "demokratischen" Ausflüchten, die in der die Beratung des amerikanischen Senats seit Wochen beherrschenden Diskussionen über die Bürgerrechtsvorlage des Präsidenten Eisenhower gebraucht wurden, ging es bei der entscheidenden Abstimmung um die Garantien, die die Neger im Süden erhalten sollten; nur darum, daß sie nun ihr Wahlrecht wirklich ausüben können. Diese Garantie wollte die Vorlage Eisenhowers dadurch erreichen, daß der Justizminister das Recht erhalten sollte, Mißbräuche zu untersuchen, die zur Einschränkung des Neger-Wahlrechts in gewissen Teilen des Südens führen, und daß er zweitens das Recht erhalten sollte, solche lokalen Mißbräuche durch Bundesgerichte aburteilen zu lassen und drittens zu sichern, daß diese Bundesgerichte in Entscheidungen der vom Präsidenten ernannten - Bundesrichter ohne Geschworene entscheiden.

Die verwirrende Situation, die die weißen Negerfeinde aus dem Süden auszunützen verstanden, besteht darin, daß es scheinbar um ein altes demokratisches Prinzip, nämlich um Geschworenengerichte, ging. In Wahrheit gibt es aber nach den Erfahrungen, die man mit allen Geschworenengerichten im Süden hat, keinen Zweifel darüber, daß die "weißen" Juries niemals einen Weißen verurteilen würden, der mit offenen, versteckten Drohungen oder mit juristischen und scheinbar legalen Kniffen einen Neger des Wahlrechts berauben würde. Denn diese "weißen" Geschworenen ließen noch viel ärgere Verbrechen, wenn sie von Weißen gegen Neger begangen wurden, ungestraft. Man erinnert sich an viele Fälle, in denen Brandstiftung, ja selbst Mord und Totschlag ungesühnt blieben, weil die ausschließlich aus Weißen zusammengesetzten Geschworenenbänke in Beratungen von wenigen Minuten ein Verdikt fällten, das weiße Gewalttäter freisprach. Die Garantie des Neger-Wahlrechts läge also nur in Entscheidungen durch einen unabhängigen Richter - und das lehnte der amerikanische Senat ab!

Die Bedeutung dieser Entscheidung für die weitere Entwicklung der amerikanischen Innenpolitik und der zukünftigen Struktur des amerikanischen Parteiwesens kann im Augenblick noch schwer übersehen werden. Es handelt sich nicht nur um eine neuerliche Demonstration

des beschränkten Einflusses des Präsidenten Eisenhower auf seine eigene Partei - denn 12 Republikaner stimmten mit südlichen und anderen Demokraten und führten dadurch die Ablehnung der vom Präsidenten verlangten Regelung herbei - , sondern vor allem auch um eine Verschärfung des inneren Zwiespaltes in der Demokratischen Partei. Diese inneren Widersprüche in der wichtigsten menschlichen und kulturellen Frage der amerikanischen Innenpolitik hat die Demokraten seit 1948, seitdem Truman mit der ihm eigenen Courage die Gleichberechtigung der Neger zu seinem wichtigsten innenpolitischen Prinzip erhob, die parlamentarische und auch sonstige Aktionsfähigkeit der Demokraten beeinträchtigt und insbesondere bei der letzten Wahl im November 1956 zu einer für die Zukunft bedeutsamen Entfremdung der Neger von den Demokraten auch in den amerikanischen Großstädten geführt.

Was aber der letzten Abstimmung im Senat ihre besondere Bedeutung verleiht, ist die Tatsache, daß es den Meister-Taktikern des Südens gelungen ist, aus ihrer Isolierung in der demokratischen Partei auszubrechen und bei fortschrittlichen Senatoren des Westens eine Unterstützung zu finden, die zu dem Sieg des Südens in der entscheidenden Abstimmung führte. Einige dieser westlichen Senatoren schlugen eine Kompromißfassung vor, die der Süden anzunehmen klug genug war.

Das Kompromiß besteht in einer Bestimmung, die sichern würde, daß Neger auch im Süden als Geschworene wirken können - denn auch dieses grundsätzliche demokratische Recht ist ihnen dort, wo die Neger auch nicht wählen können, praktisch verwehrt. Nun soll eine gewisse Garantie geschaffen werden, daß mehr Neger als Geschworene wirken können - eine fragwürdige Maßnahme angesichts des Terrors, der solche Neger-Geschworene hindern würde, sich einer kompakten weißen Mehrheit zu widersetzen.

Die westlichen Demokraten, die das Kompromiß mit ihren südlichen Fraktionskollegen schlossen, setzten auch eine Bestimmung durch, die einen wesentlichen Fortschritt des Arbeiter- und Streikrechtes bedeutet. Denn die Geschworenengerichte, die für die Wahlrechtsverletzungen im Süden obligatorisch erklärt werden, sollen auch in allen Fällen des Ungehorsams gegen Gerichtsentscheidungen entscheiden - insbesondere auch bei Verletzung von Gerichtsverfügungen zum Beispiel gegen Streikende. Dies ist besonders seit dem Taft-Hartley-Gesetz eine viel erörterte Frage im amerikanischen Gewerkschaftsleben. Gerichtsentscheidungen durch Geschworenengerichte in industriellen Zentren wären also ein wirksamer Schutz für Arbeiter und Gewerkschaftsfunktionäre.

Die westlichen Demokraten, die diesmal zum ersten Mal mit dem Süden kooperierten und den reaktionären Demokraten Zugeständnisse in der Arbeitsgesetzgebung abranen, denen diese sonst niemals zugestimmt hätten, übten also nicht "Verrat" schlechthin. Sie verbanden mit ihrem Kompromißvorschlag gewisse weitreichende politische Absichten. Trotzdem wird diese Entscheidung des Senats und die Tatsache, daß an ihr auch fortschrittliche Demokraten aus dem Westen mitwirkten, unter den Negern des Nordens, vor allem in den großen Städten und industriellen Zentren wie New York, Chicago, Cleveland und Detroit wie ein Panal wirken. Denn diese "vollberechtigten"

Neger sind entschlossen, die Entrechtung ihrer Rassegenossen im Süden nicht mehr hinzunehmen und ihre Wahlabstimmungen nicht nur nach den Phrasen in den Wahlplattformen, sondern nach den politisch entscheidenden Abstimmungen auf dem Capitol einzurichten. Es wird den Negern im Norden allerdings schwer fallen, eine Wahl zwischen den beiden traditionellen Parteien zu treffen, denn viele werden nun erst recht von beiden denken: es will mich schier bedünken, daß alle beide stinken.....

Darin liegt auch die schwere moralische Niederlage für die amerikanische Demokratie und ihr Ansehen in der Welt. Daß es bei dieser Frage um das wichtigste aller demokratischen Rechte ging, nämlich das Wahlrecht und daß es sich nur vor der gesamten amerikanischen Öffentlichkeit erwies, - was schon bisher bekannt war - daß die "weiße Vorherrschaft" im Süden auf einer Diktatur der Weißen und dem Wahlrechtseraub an der Mehrheit der Neger in vielen Teilen des "tiefen Südens" beruht, ist eine Selbstenthüllung, die wegen des Ansehens Amerikas in der Welt und der Werbekraft der demokratischen Sache vor und hinter dem Eisernen Vorhang besser unterblieben wäre.

Trotzdem wird man gut tun, nicht nur die traurigen und negativen Seiten dieser noch nicht abgeschlossenen Angelegenheit - noch ist die Übereinstimmung zwischen den beiden Häusern des Kongresses hergestellt und noch ist nicht sicher, ob vor den Sommerferien überhaupt ein Gesetz zustande kommt - zu sehen. Dem Süden ist es durch Schlaueit gelungen, einen wirklichen Fortschritt zu verhindern. Aber doch nicht ganz! Denn die Selbstenthüllung, die der Süden herbeiführte, das offene Zugeständnis, daß Hunderttausende Neger im tiefen Süden unter einer weißen Rassendiktatur leben, wird dem Süden auch in USA nicht helfen. Es mag ein Pyrrhussieg des Südens sein, ein teuer erkaufter Sieg und nur einer in einer Verteidigungsaktion. Schon die Tatsache, daß der Süden diesmal einen "Filibuster", eine parlamentarische Obstruktion zu vermeiden und daß er Bundesgenossen außerhalb des Südens - um den Preis eines nicht ganz bedeutungslosen Kompromisses - suchte, ist ein Zeichen, daß die Rassenpolitiker des Südens in Wahrheit in der Defensive sind. Auch im tiefsten Süden ist der Fortschritt nicht mehr lange aufzuhalten.

+ + +

Die Bedeutung der Bundestagswahl

Herbert Evatt, der Vorsitzende der australischen Labour-Party schreibt in einem Artikel der Zeitschrift der Sozialistischen Internationale "Socialist International Information" über die Aufgaben der sozialistischen Parteien, die deutsche Sozialdemokratie stehe gegenwärtig in einem schweren Kampf. "Ein Erfolg dieser Partei bei dieser entscheidenden Wahl würde der Abrüstung in der Welt zu einem Fortschritt verhelfen".

+ + +